

Hier wird das richtige Format des Newsletters angezeigt.



Liebe Leserinnen und Leser,

die Weltmeisterschaft ist zu Ende und wie beim Fußball, geht auch die Politik in die Sommerpause. Die letzten Spiele sind gespielt, die entscheidenden Abstimmungen vorerst vorbei. In Berlin und Brüssel werden die Terminkalender leerer, die Sitzungssäle ruhiger und viele Menschen freuen sich auf ein paar Tage Abstand vom politischen Alltag.

Doch bevor es in die Sommerpause geht, bleiben einige wichtige Fragen offen. In Europa wird weiter über die Überwachung privater Kommunikation gestritten, die Europäische Kommission muss sich unangenehmen Fragen zu ihrem Umgang mit dem Gaza-Konflikt stellen und die AfD verstrickt sich immer offensichtlicher in ihre eigenen Widersprüche. Gleichzeitig verspricht die Bundesregierung Entlastungen, die jedoch für viele Menschen kaum spürbar sind.

Das politische Spielfeld mag sich für einige Wochen leeren, die großen Herausforderungen unserer Zeit verschwinden aber nicht!

Viel Spaß beim Lesen!

Chatkontrolle: Das schmutzige Spiel mit unseren Bürgerrechten

Eigentlich war die Verlängerung der Chatkontrolle bereits gestoppt worden.

Mehrfach hatte sie im Europäischen Parlament keine Mehrheit gefunden, zuletzt im März. Für uns Liberale war das ein wichtiger Erfolg, denn es geht um das digitale Briefgeheimnis und den Schutz privater Nachrichten vor anlassloser Überwachung.

Doch kurz vor der Sommerpause war die Chatkontrolle plötzlich wieder da. Der Rat hatte einen eigenen Standpunkt beschlossen und damit eine weitere Abstimmung im Parlament erzwungen. Diesmal allerdings unter anderen Bedingungen: Eine einfache Mehrheit gegen die Chatkontrolle reichte nicht mehr aus. Um sie zu stoppen, waren nun 361 Stimmen, also die absolute Mehrheit aller Abgeordneten, nötig. Und genau das führte zu einem schwer vermittelbaren Ergebnis: Erneut stimmten mehr Abgeordnete gegen die Chatkontrolle als dafür. Da aber nicht mindestens 361 Stimmen zusammenkamen, konnte sie trotzdem nicht abgelehnt werden.

Besonders bitter ist, wie diese Abstimmung zustande kam. Sie wurde im Eilverfahren auf den letzten Sitzungstag vor der Sommerpause gelegt, ohne dass eine erneute, reguläre Beratung im zuständigen Ausschuss stattfand. Wenn es um einen derart weitreichenden Eingriff in unsere private Kommunikation geht, ist ein solches Vorgehen für mich nicht akzeptabel. Darüber habe ich auch mit der *Süddeutschen Zeitung* gesprochen.

Dabei steht außer Frage, dass Kinder wirksam vor sexuellem Missbrauch geschützt werden müssen. Doch dafür dürfen wir nicht die privaten Nachrichten von Millionen unbescholtener Menschen anlasslos durchsuchen lassen. Ein liberaler Rechtsstaat stellt nicht alle unter Generalverdacht. Er verfolgt Täter gezielt, auf Grundlage eines konkreten Verdachts und mit klaren rechtsstaatlichen Grenzen. Immerhin konnten wir Liberalen einen wichtigen Schutz durchsetzen: Ende-zu-Ende-verschlüsselte Kommunikation soll von der Regelung ausgenommen bleiben. Sicher ist aber auch das noch nicht. Der Rat muss dieser Änderung zustimmen. Lehnt er sie ab, gehen die Verhandlungen weiter.

Die Chatkontrolle ist damit noch nicht endgültig beschlossen. Aber der politische Kampf ist in eine neue Runde gegangen. Direkt nach der Abstimmung habe ich deshalb auf *Instagram* eingeordnet, was genau passiert ist, wie es jetzt weitergeht und warum wir beim Schutz des digitalen Briefgeheimnisses keinen Millimeter

nachgeben dürfen.



Gaza: Wohin genau fließen die EU-Milliarden?

Wer Steuergelder ausgibt, muss erklären können, wohin sie fließen. Eigentlich sollte das selbstverständlich sein. Doch genau daran gibt es bei den EU-Hilfen für die palästinensischen Gebiete erhebliche Zweifel. Auf meine parlamentarische Anfrage hin musste die Europäische Kommission einräumen, dass sie nicht sagen kann, wie viel Geld seit 2006 tatsächlich nach Gaza geflossen ist. Gleichzeitig erklärt sie, ein Missbrauch der Mittel könne ausgeschlossen werden. Beides zusammen passt nicht. Dies habe ich auch exklusiv in der *BILD* deutlich gemacht.

Besonders irritierend ist für mich, dass das Europäische Parlament bis heute keinen vollständigen Zugang zu den relevanten Akten erhält. Dabei ist es unsere Aufgabe, die Verwendung europäischer Steuergelder zu kontrollieren. Es geht dabei um Transparenz. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, zu erfahren, was mit ihrem Geld geschieht. Gerade bei Milliardenbeträgen und einem so sensiblen Thema darf es keine Geheimniskrämerei geben. Das habe ich auch auf *Instagram* nochmal zusammengefasst.

Ich werde weiter dafür kämpfen, dass die Kommission die Akten offenlegt und

endlich vollständige Transparenz schafft!



Die zahlreichen Widersprüche der AfD

In den vergangenen Wochen habe ich einige Beiträge der AfD gesehen, bei denen man sich schon fragen muss, wofür diese Partei eigentlich steht.

Da singt die AfD in Sachsen-Anhalt die *DDR-Hymne*, ausgerechnet eine Partei, die sonst keine Gelegenheit auslässt, sich als schärfste Gegnerin des SED-Unrechtsstaates zu inszenieren. Gleichzeitig erklärt Alice Weidel öffentlich, dass sie selbst ganz anders lebt als das Familienbild, das ihre eigene Partei in Sachsen-Anhalt propagiert. Auf die Frage nach dem traditionellen Familienbild im Wahlprogramm antwortete sie schlicht: „Ich lebe etwas anderes.“

So viel Widerspruch auf einmal hat mich dann doch getriggert. *In meiner Reaktion* habe ich mir deshalb genauer angesehen, was die AfD anderen vorschreiben will und wie wenig ihre eigenen Spitzenleute davon offenbar halten. Denn das sind keine bloßen Nebensächlichkeiten. Sie zeigen ein grundlegendes Problem der AfD: Zwischen dem, was sie fordert, und dem, was ihre führenden Köpfe selbst leben oder vertreten, klafft oft eine erstaunlich große Lücke.

Noch gravierender werden diese Widersprüche, wenn man auf die politischen Folgen ihrer Forderungen blickt. Die AfD präsentiert sich als Partei deutscher Interessen, vertritt aber Positionen, die unseren Wohlstand, unsere wirtschaftliche Stärke und Europas Handlungsfähigkeit in den Ruin treiben würden.

Wer Deutschland wirklich stärken will, darf es nicht wirtschaftlich schwächen und politisch isolieren. Patriotismus zeigt sich nicht in lauten Parolen, sondern in einer Politik, die Arbeitsplätze sichert, Freiheit schützt und Deutschland in einem starken Europa handlungsfähig hält. Genau daran scheitert die AfD.



Die Entlastung, die nicht ankommt

Eine Gehaltserhöhung sollte eigentlich bedeuten, dass am Ende des Monats mehr übrig bleibt. Doch für viele Beschäftigte beginnt genau dann ein bekanntes Ärgernis: Das Einkommen steigt auf dem Papier, gleichzeitig sind Lebensmittel,

Miete und Energie teurer geworden und auch der Staat greift stärker zu. Unterm Strich verdient man mehr, kann sich davon aber kaum mehr leisten. Das ist die kalte Progression. Selbst eine Lohnerhöhung, die lediglich die Inflation ausgleicht, kann zu einer höheren Steuerbelastung führen. Der Staat verdient also an steigenden Preisen mit, während die Menschen real keinen Cent wohlhabender geworden sind.

Die Bundesregierung verkauft ihre geplante Steuerreform nun als große Entlastung. Tatsächlich soll sie ein Volumen von rund zehn Milliarden Euro haben. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft reicht das jedoch nicht einmal aus, um die kalte Progression vollständig auszugleichen. Sehr hohe Einkommen sollen darüber hinaus zusätzlich belastet werden. Aus einer echten Steuerreform wird so vor allem eines: ein unvollständiger Inflationsausgleich.

Besonders bemerkenswert wird das, wenn man zurückblickt. Christian Lindner hat als Finanzminister des kleinsten Ampelpartners deutlich größere Entlastungen durchgesetzt, gemeinsam mit derselben SPD, auf die sich die Union heute herausredet. Schon 2022 summierten sich die damaligen Entlastungsmaßnahmen auf mehr als 16 Milliarden Euro. Das Inflationsausgleichsgesetz entlastete die Bürgerinnen und Bürger 2023 um 18,6 Milliarden und 2024 um weitere 31,8 Milliarden Euro. Als ich diese Zahlen nebeneinandergelegt habe, war für mich klar: Diese angeblich große Steuerreform verdient einen genaueren Blick. *In meinem Video* habe ich gezeigt, warum von der angekündigten Entlastung bei vielen Menschen am Ende so wenig ankommt.

Natürlich erklärt die Union nun, mit der SPD sei schlicht nicht mehr zu erreichen gewesen. Doch genau dieser Vergleich zeigt, wie schwach die Ausrede ist. Was Christian Lindner als kleinster Partner einer Dreierkoalition durchsetzen konnte, sollte für einen CDU-Kanzler nicht unerreichbar sein. Die kalte Progression vollständig auszugleichen, wäre keine großzügige Steuersenkung. Es wäre das absolute Minimum. Eine echte Reform beginnt erst dort, wo die Menschen anschließend tatsächlich mehr von ihrem selbst verdienten Geld behalten.

Entlastung darf nicht nur auf einer Pressekonferenz gut klingen. Sie muss auf dem Konto ankommen. Denn Arbeit lohnt sich erst dann wieder mehr, wenn vom zusätzlichen Einsatz auch wirklich etwas übrig bleibt.



Die politische Saison geht nun in die Sommerpause, die großen Fragen jedoch nicht. Nach den vergangenen Wochen wird es aber erst einmal gut tun, Abstand zu gewinnen, neue Kraft zu sammeln und den Blick wieder auf das Wesentliche zu richten.

Denn im Herbst warten die großen Fragen wieder auf uns. Bis dahin wünsche ich euch und euren Familien einen schönen Sommer, erholsame Tage und viele Momente, in denen Politik einfach einmal Pause haben darf.

Wenn ihr schon immer wissen wolltet, was wirklich hinter den Kulissen des Europäischen Parlaments passiert, tretet *meinem WhatsApp Kanal* bei!

Danke, dass ihr meinen Newsletter lest und meine Arbeit begleitet.
Wir lesen uns Ende September wieder.

Euer Moritz



renew europe.

Moritz Körner MEP
Rue Wiertz 60
B-1047 Bruxelles
moritz.koerner@ep.europa.eu

Want to change how you receive these emails?

You can [update your preferences](#) or [unsubscribe](#)